

Warm anziehen, eigene Themen setzen und entspannen : sechs Vorschläge für Konsequenzen aus den SVP-dominierten Wahlen

Autor(en): **Hui, Matthias**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **109 (2015)**

Heft 11

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-632246>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die SVP schaffte es einmal mehr: Gespräche im Freundeskreis, Medienbeiträge und Analysen von Politologen drehten sich vor, während und nach den Wahlen vorrangig um sie und ihre Schlagworte. Dass diese Partei geschickter Strategen den Diskurs beherrscht, ist zwar für die politische Kultur des Landes verheerend, aber erst einmal eine Tatsache. Also sollte die vielgestaltige Mehrheit links von der SVP deren Spielzüge zuerst gründlich analysieren und die Bälle im Spiel *contre coeur* aufnehmen.

Es ist nicht nur der Wille zum flächendeckenden Sieg, nicht nur der Wahn, die fremden Feinde bezwingen müssen. Es ist auch das Geld, das schier unbeschränkt zu fliessen scheint und es dieser Partei möglich macht, thematische Pflöcke einzuschlagen und Diskurse subtil zu lenken. Eingekauft wurden diesmal ein hipper Videoclip, eine Gemäldeausstellung mit Kunstzeitschrift als Beigabe, ein Massenblatt an alle Haushalte, die grösste Bahnhofshalle für einen Abend. Mit Geschick, Wille, Wahn und Kapital verschafft sich die SVP Omnipräsenz im Wahlkampf.

Wer schert sich um die ungleichen Spiesse? Mit dem OSZE-Vorsitz und dem Einsatz für Demokratie und Menschenrechte im Ausland punktete 2014 Aussenminister Didier Burkhalter von links bis rechts. Aber wenn dieselbe OSZE und der Europarat die Schweiz kritisieren, weil sie bezüglich Transparenz und Fairness bei Parteien- und Kampagnenfinanzierung im Bereich der Bananenrepubliken anzusiedeln ist, legt sich der vereinte Bürgerblock quer und spricht von Freiheit und Vertrauen. Auch der FDP standen sehr grosse Summen zur Verfügung. Die Unterstützung der geplanten Initiative der SP «Für mehr Transparenz in der Politikfinanzierung» muss eine erste Konsequenz aus den Wahlen 2015 werden.

Gerade in diesem Wahlkampf bestimmte der Einsatz von Geld im richtigen Moment wohl den weiteren Spiel-

Matthias Hui

Warm anziehen, eigene Themen setzen und entspannen

Sechs Vorschläge für Konsequenzen aus den SVP-dominierten Wahlen

verlauf mit. Hauptziel der SVP ist die Verhinderung einer weiteren Annäherung an die EU. In Bewegung bleiben die Globalisierungsgewinnler an der Spitze der Partei und die Globalisierungsverlierer als ihre WählerInnen durch das ununterbrochene Surfen auf dem eidgenössischen Unabhängigkeitsmythos. In Schwung dazu bringt sich die SVP durch Fremdenfeindlichkeit und das Schüren von Angst. In einer ersten Phase des Wahlkampfes war Geld nötig, um den Startschuss unüberhörbar zu machen: die Rede vom sogenannten Asylchaos. Unterlegt war dieser Schlachtruf von Ermunterungen zur Aushebelung von Recht und Demokratie: Gemeindebehörden sollten sich bei Flüchtlingsunterkünften Anordnungen von oben widersetzen, der Bundesrat sollte mit Notrecht ein Asylmoratorium durchsetzen. Die Wortführer dieser Aufrufe sind von der SVP bis jetzt ins «Spiel» gebrachte Bundesratskandidaten. Das sagt etwas aus über die Arroganz und Ernsthaftigkeit der SVP-Bewerbung um einen zweiten Regierungssitz.

Das sichere Thema Asyl war gesetzt. Geschmiert mit dem Sündenbockmechanismus Eritreaflüchtlinge. Die Medien streiften der SVP das gelbe Leadertrikot über. Das Asylchaos wurde bis zu jenem Moment durchbuchstabiert, als

fast alle Menschen einen Moment lang verstummt angesichts der eigentlichen Flüchtlingskatastrophe an der Route von Syrien (oder Irak und Afghanistan) über das Mittelmeer und den Balkan. Jetzt wurden, erneut mit viel Geld, Tonlage und Aussage der SVP-Insertenkampagne verändert; nun ging es wieder um die allgemeine Abwehr von zu vielen Einwanderern.

Ein anderes Narrativ war kaum zu hören. Andere Parteien hatten nur dünne Konzepte für eine offene, menschenrechtliche Migrationspolitik in ihren Schubladen; die SP hatte diesen Punkt in ihrer Wahlplattform nicht vorgesehen, erst mit Verzögerung formulierten wenigstens die Grünen konkrete Vorschläge zur Flüchtlingspolitik. Keine Bundesrätin, kein Kirchenführer, kein Schauspielstar griff zum Mikrofon, um den Menschen, den WählerInnen zu erklären, dass wir das schaffen, was auf uns zukommt.

Die Abschottungspolitik auf dem Buckel von Flüchtlingen und anderen ZuwandererInnen steht stellvertretend für den Ausdruck von Ängsten und Kritik gegenüber der EU, von der man sich mitten in Europa in überheblicher Geste abgrenzt. Deshalb wäre in diesem Moment neben einer alternativen Migrations- auch die Lancierung einer griffigen und mutigen linken Europapolitik nötig gewesen. Einer Politik, der es um das historische Friedensprojekt und die offenen Grenzen Europas geht. Einer Politik aber, die eine andere EU will als jene, die sich in Griechenland als kühle Fratze zeigte, im Konflikt um die Ukraine und Russland mit konturlosem Gesicht, in den Verhandlungen um das Freihandelsabkommen mit den USA mit arrogantem, verschwiegenem Ausdruck und in der Flüchtlingsfrage mit bisweilen tödlicher Strenge. Aber auch eine Vision von Europa war in der SP-Wahlplattform nicht vorgesehen, die Parteien wollten die heikle bilaterale Materie aussitzen. Dies wäre eine zweite

Konsequenz aus dem Wahlkampf Jahrgang 2015: Die Linke braucht in den entscheidenden Feldern, welche die Menschen beschäftigen und auch jenen, die von rechts hochgekocht werden, überzeugende Entwürfe für eine langfristige und solidarische Politik.

Aufkündigung der Zusammenarbeit

Eine dritte Konsequenz, die jetzt – endlich – gezogen werden muss: Der bisweilen bis an die rechtsextremen Ränder gehenden SVP muss das Image gutschweizerischer Normalität entzogen werden. Der Rechtspopulismus muss isoliert werden. Die Partei radikalisiert sich weiter, sie beweist in Inhalt und Form, dass sie an Konkordanz und Kompromiss nicht interessiert ist. Dennoch wird sie von den Medien und potenziellen politischen Bündnispartnern hofiert. Das muss ein Ende haben. Der Angriff gilt selbstverständlich nicht den einzelnen Männern und Frauen der SVP als Personen – viele von ihnen sind nett, für ihr Dorf und ihre Region engagiert, im schweizerischen Konsens eingebunden. Aber als ExponentInnen ihrer notorisch fremdenfeindlichen und menschenverachtenden Partei muss die Aufkündigung der Zusammenarbeit auf allen Ebenen gerade auch sie treffen.

Was würde die Isolation der SVP am Beispiel der Kirchen bedeuten? Die Kirchen würden zu ihren Grundpositionen in der Migrationspolitik, in der Sozialpolitik, in der Aussenpolitik oder auch in der Menschenrechtspolitik stehen und damit die SVP viel direkter adressieren. Kirchenleitungen müssten öffentlich deklarieren, dass sie sich im Gespräch mit SVP-ExponentInnen – zum Beispiel in den Kantonsregierungen, so kirchennah und konkordant die Personen sein mögen – von SVP-Positionen klar und deutlich distanzieren. Kirchenleitungen und die Basis müssten zum Ausdruck bringen, dass es nicht angeht, dass die stellvertretende SVP-Generalsekretärin, als solche verurteilt wegen

Rassendiskriminierung (Plakate «Kosovaren schlitzten Schweizer auf») gleichzeitig als Präsidentin eines Kirchgemeinderates amtiert, so engagiert im Kleinen sie dort sein mag.

Und die FDP? Der Beziehung zu ihr kommt eine Schlüsselfunktion zu. Jetzt, wo im Nationalrat eine SVP-FDP-Mehrheit lockt, mit der neoliberale Postulate, Sozial- und Ökologieabbau im Eiltempo durchgepaukt werden könnten, wird sich die FDP nicht aus eigenem Antrieb von ihrer rechten Schwester abkoppeln. Die Kombination von profitabler Einbettung in die globalisierte Wirtschaft zum eigenen Wohl und deren gleichzeitiger Abfederung in nationalistischen Identitätsdiskursen zur eigenen Sicherheit und Vertröstung der Zukurzgekommenen liegt auch für manche Freisinnige auf der Hand. Jetzt braucht es intelligente Strategien für kreative Bündnisse mit den liberalen und humanistischen Kräften. Welche Schweiz mit welcher FDP wollen wir? Die Philipp-Müller-FDP, die mit der SVP nicht nur im Auftritt konkurrenziert, sondern etwa massive Einschränkungen beim Familiennachzug für AusländerInnen verlangt? Die Johann-Schneider-Ammann-FDP, die immer noch niedrigere Steuern für Unternehmen fordert und Rohstofffirmen und der Finanzwirtschaft Freipässe ausstellt? Oder die Didier-Burkhalter-FDP, für die Menschenrechte und gesellschaftliche Liberalität Verpflichtungen sind, die aber in progressive Mehrheitslösungen gegen die SVP nur einsteigt, wenn sie dazu gedrängt wird? Die Notwendigkeit einer klugen Bündnispolitik mit FDP-VertreterInnen aufgrund tragfähiger persönlicher Beziehungen und gemeinsamen Projekten ist die vierte Konsequenz aus den Wahlen. Nur so kann das Ringen um die Europäische Menschenrechtskonvention gewonnen werden.

Wenn die SVP und mit ihr der rechtsbürgerliche, neoliberale Block in gewisse Grenzen verwiesen sein werden, sollten

die fortschrittlichen Kräfte ihre eigene Agenda vorlegen. Das wäre die fünfte Konsequenz aus den Wahlen: Die Linke diskutiert und formuliert ihre – von der SVP gänzlich unabhängigen – eigenen Prioritäten. Ein Ort dafür könnte das *Denknetz* werden. Am Horizont ginge es um nichts weniger als eine Utopie, um *Kommunismus*, um mit Alain Badiou zu sprechen (siehe Seite 321ff). Der Weg dazu ist linke Alltagspolitik: Der Abbau von Ungleichheiten bei den Vermögen, beim Lohn, bei der Care-Arbeit, der Kampf gegen Diskriminierungen, das Bremsen des Race-to-the-bottom-Steuerwettbewerbs, die Demokratisierung aller Lebensbereiche, ein enges Korsett für den Finanzkapitalismus und die Rohstoffbranche, das Zurückdrehen der Wachstumsspirale zugunsten der Umwelt.

Das Land bewegt sich

Allerdings, sechste Konsequenz aus den Wahlen, darf unser Blick nicht auf das Parlament – und schon gar nicht auf die SVP darin – fixiert sein. In der Schweiz regt sich nicht wenig. Genossenschaftliche Wohnprojekte, vielfältige Familienformen und Geschlechteridentitäten, solidarische Landwirtschaftsprojekte, ein Haus der Religionen und eine Autonome Schule, KurdInnen als Hirten in den Bündner Bergen und als ParlamentarierInnen in Basel und Bern, eine Grossmütterrevolution, ein Service Public mit Postautos, viele Gewerbler, Handwerkerinnen und Unipersonal mit viel Freude an kreativer Arbeit, Initiativen für den Atomausstieg und für die Verantwortung von Konzernen, wunderbare Theaterstücke, mutige Filme, neue Klänge und Texte von Pedro Lenz, Dorothee Elmiger, Melinda Naji Abonji – und Lukas Bärfuss. Diese Schweiz dreht sich nicht um die SVP, sie bewegt sich weltläufig und in solidarischer Gemeinschaft vor Ort. Diese Schweiz zieht sich warm an und schaut der nächsten Legislatur einigermassen entspannt entgegen. ●